

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Kai Gehring, Dr. Anna Christmann, Margit Stumpp, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/4857 –**

Partizipation in Wissenschaft und Forschung stärken

A. Problem

Das Hinterfragen bestimmter Förderdynamiken oder der wissenschaftspolitischen Prioritätensetzung, aber auch die Einbringung neuer Forschungsthemen sind berechnete Anliegen einer kritisch-konstruktiven Öffentlichkeit. Initiativen, Verbände, Vereine sowie Bürgerinnen und Bürger wollen sich vermehrt mit ihren Erkenntnisinteressen und ihrer Expertise einbringen. Sie wollen aktiv und von Beginn an in die Gestaltung von Forschungsförderprogrammen und in die Formulierung gesellschaftlicher Erwartungen an die Wissenschaft einbezogen werden. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat zwar bereits mögliche Handlungsfelder zur Partizipation identifiziert, allerdings nur wenig davon umgesetzt. Eine Gesamtstrategie ist bisher noch nicht erkennbar. Vielmehr wird ein Sammelsurium an Einzelmaßnahmen- und -programmen mit durchwachsender Gesamtbilanz gefördert. Auch öffentlich unterstützte Kooperationsformen und -mechanismen sind an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft noch zu schwach ausgeprägt.

B. Lösung

Die zahlreichen konstruktiven Impulse aus der Zivilgesellschaft sollten als Chance für die Wissenschaft stärker genutzt werden. Die Einbindung der Zivilgesellschaft ist auf verschiedenen Ebenen möglich und sinnvoll, von der Formulierung strategischer Ziele in der Wissenschaftspolitik über die Ausarbeitung konkreter Förderprogramme bis zur tatsächlichen Forschungsarbeit vor Ort. Dafür braucht es neue Partizipationsmöglichkeiten. Für eine substanzielle Beteiligung der Zivilgesellschaft in der Wissenschaftspolitik sind auf Dauer eingerichtete, transparente Formate mit klaren Zuständigkeiten notwendig. Im Bereich bürgerwissenschaftlicher Forschung bedarf es – neben der Fortführung und finanziellen Aufstockung der Förderlinie für bürgerwissenschaftliche Vorhaben sowie der

Plattform „Bürger schaffen Wissen“ – einer gezielten und verstärkten Förderung bürgerwissenschaftlicher Vorhaben und dauerhaft etablierter Institutionen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/4857.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/4857 abzulehnen.

Berlin, den 11. Dezember 2019

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Vorsitzender und Berichterstatter

Dr. Stefan Kaufmann
Berichterstatter

Dr. Marc Jongen
Berichterstatter

Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Berichterstatter

Nicole Gohlke
Berichterstatterin

Kai Gehring
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Stefan Kaufmann, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Marc Jongen, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Nicole Gohlke und Kai Gehring

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/4857** in seiner 78. Sitzung am 1. Februar 2019 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstreicht, dass Wissenschaft und Forschung in den letzten Jahren und Jahrzehnten einen rasanten Bedeutungszuwachs erfahren haben. Viele Menschen erwarteten, dass neue Erkenntnisse aus der Forschung dazu beitragen würden, die großen gesellschaftlichen Aufgaben von morgen zu lösen. Dies reiche von der Abwendung der Klimakrise über das Aufhalten des Artensterbens bis zum nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen unseres Planeten. Gleichzeitig würden auch gesellschaftliche Ansprüche wie Transparenz, Unabhängigkeit und Nachvollziehbarkeit an die Wissenschaft gestellt – ihre Legitimation werde diskutiert und hinterfragt.

So sei auch das Verhältnis zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Bewegung geraten. Wissenschaftspolitik selbst entwickle sich zum Austragungsfeld politischer Konflikte. Von diesen Spannungsfeldern zeuge einerseits das selbstbewusste Eintreten für die Wissenschaftsfreiheit im Rahmen des March for Science. Andererseits drücke sich dies aber auch in der systematischen Diskreditierung bestimmter Disziplinen (wie z. B. der Klima- oder Geschlechterforschung) – insbesondere durch wissenschaftsfeindliche und rechtspopulistische Kräfte – aus. Eine oft zu hörende, vermeintliche Antwort auf diese Entwicklung sei, die Wissenschaft müsse ihr Tun einfach besser erklären. Auch wenn dies im Einzelfall zutreffend sein mag, gehe diese Forderung nach besserer Kommunikation am Kern der Sache oftmals vorbei und sei unterkomplex.

Ein klares Bekenntnis der Politik für die Wissenschaftsfreiheit sei entscheidend. Dazu gehöre die entsprechende Ausstattung der Wissenschaft mit ausreichenden Grundmitteln zur freien und ungerichteten Forschung, wie auch die Verankerung von Wissenschaft in die Gesellschaft. Das Hinterfragen bestimmter Förderdynamiken oder der wissenschaftspolitischen Prioritätensetzung, aber auch die Einbringung neuer Forschungsthemen seien berechtigte Anliegen einer kritisch-konstruktiven Öffentlichkeit. Initiativen, Verbände, Vereine und Bürger würden sich vermehrt mit ihren Erkenntnisinteressen und ihrer Expertise einbringen wollen. Wenn die Rahmenbedingungen richtig gesetzt würden, könnten solche Impulse nicht nur das öffentliche Vertrauen in das Wissenschaftssystem steigern, sondern auch die Innovationskraft der Bürgerinnen und Bürger für die Forschung fruchtbar machen.

Zur Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft sowie engagierter Bürger in die Forschung habe die Bundesregierung vereinzelte Formate geschaffen, die auf erfreulich große Resonanz gestoßen seien. So habe es für die „Kopernikus-Projekte für die Energiewende“ oder die Förderung bürgerwissenschaftlicher Vorhaben (Citizen Science) eine überwältigende Anzahl vielversprechender Anträge gegeben, von denen letztendlich aber nur ein Bruchteil gefördert worden sei.

Angesichts der Vielfalt der öffentlichen Forschungsförderung seien die Formen sinnvoller partizipativer Ansätze in Wissenschaft und Forschung je nach Disziplin und Ansatzpunkt jedoch sehr unterschiedlich. Auf Grundlage der bisherigen Erfahrung könnten Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft im Dialog erfolgreiche Ansätze vertiefen und Neues entwickeln, sollten aber auch ehrlich anerkennen, wo partizipative Elemente nicht sinnvoll seien.

Die Bundesregierung solle aufgefordert werden, die zahlreichen konstruktiven Impulse aus der Zivilgesellschaft als Chance für die Wissenschaft ernst zu nehmen und neue Partizipationsmöglichkeiten in Wissenschaftspolitik und Forschung zu schaffen. Dazu gehören u. a.:

- regelmäßige Konsultationen des BMBF mit Vertreterinnen und Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft zu strategischen und Grundsatzfragen,
- ein „Wissenschaftsforum Zivilgesellschaft“ einzurichten und mit einer dauerhaften Geschäftsstelle zu flankieren,
- auf EU-Ebene für eine stärkere Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen in den Agendasettingprozess und die Ausgestaltung der Forschungsrahmenprogramme wie Horizon Europe hinzuwirken,
- die verstärkte Förderung von Reallaboren, Experimentierräumen und ähnlichen Methoden, mit denen wissenschaftliche Problemstellungen und Lösungsoptionen anhand realer Veränderungsprozesse gemeinsam von Wissenschaft und gesellschaftlichen Gruppen erarbeitet werden,
- eine stärkere, systematische und dauerhafte Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Formulierung und Durchführung von Forschungsprojekten, insbesondere im Bereich der nachhaltigen Entwicklung,
- weitere Fördermittel für inter- und transdisziplinäre Forschungsvorhaben und sozial-ökologische Innovationen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung bereitzustellen und die Einrichtung eines Forschungsfonds für transdisziplinäre Forschungsprojekte mit Beteiligung der Zivilgesellschaft beim BMBF zu prüfen,
- auf EU-Ebene auf eine stärkere Förderung transdisziplinärer Forschung hinzuwirken,
- gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft nach Wegen zu suchen, Transdisziplinarität stärker in Begutachtungsgremien, deren Bewertungskriterien und Budgetentscheidungen für entsprechende Forschungsprojekte zu verankern,
- Mittel zur Begleitforschung transdisziplinärer Forschung und Teilnahmeverfahren in der Wissenschaft bereitzustellen,
- die Fortführung und finanzielle Aufstockung der Förderlinie für bürgerwissenschaftliche Vorhaben sowie der Plattform „Bürger schaffen Wissen“,
- eine gezielte und verstärkte Förderung bürgerwissenschaftlicher Vorhaben und dauerhaft etablierter Institutionen (wie z. B. Wissenschaftsläden) mit Zielgruppen jenseits der akademisch gebildeten Milieus,
- gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft nach Wegen zu suchen, die Anerkennung von Bürgerwissenschaften im Wissenschaftssystem zu stärken.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 19/4857 in seiner 42. Sitzung am 11. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/4857 in seiner 44. Sitzung am 11. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der AfD und FDP dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 19/4857 in seiner 37. Sitzung am 11. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führt zu Beginn aus, dass Wissenschaft und Forschung in der Gesellschaft ein besonderes Vertrauen genießen. Dies würden aktuell auch die Zahlen des Wissenschaftsbarometers

2019 belegen. So hätten 66 Prozent der Befragten angegeben, dass die Wissenschaft helfen werde, die zentralsten Probleme der Menschheit zu lösen. 75 Prozent der Befragten fänden es richtig, dass sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler politisch äußern könnten. Dies seien sehr gute Werte, die zeigten, dass die vielen Diskreditierungsversuche der letzten Jahre offenkundig ins Leere gelaufen seien. Auch würden die Menschen Wissenschaft und Forschung ganz unmittelbar erleben wollen. Denn 64 Prozent der Befragten würden gerne einmal erleben, wie Wissenschaftler arbeiteten. Die Zustimmung sei ein Hinweis auf die große Neugierde in der Bevölkerung, was im Wissenschaftssystem gedacht werde. Zugleich sei es auch ein Transparenzwunsch. 57 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, dass man gerne mit Wissenschaftlern darüber diskutieren würde, was lohnenswert zu erforschen sei. Das wiederum sei ein Hinweis darauf, dass die Bevölkerung sich in dem Bereich des Agendasettings beteiligen möchte. Schließlich würden 49 Prozent der Befragten gerne einmal in einem wissenschaftlichen Forschungsprojekt mitforschen. Auch dieser Wert sei zu begrüßen und zeige, dass sich Bürgerinnen und Bürger gerne als Co-Produzentin oder Co-Produzent von Wissenschaft sehen. In dieser Befragung erkenne man auch ein großes Potential für die Wissenschaft. Zudem erfahre man großes öffentliches Vertrauen und viele Partizipationswünsche. Das sei sehr wichtig für den Transfer neuer Erkenntnisse und Innovationen in die Gesellschaft. Es dürfe nicht mehr nur von einem Transfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft ausgegangen werden. Vielmehr gehe es ganz gezielt um den Transfer in die Gesellschaft, um soziale Innovationen zu entfachen. Erforderlich hierfür seien beteiligungsfreundliche Rahmenbedingungen und eine passgenaue Unterstützung.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bemängelt, dass diese Potentiale im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) nicht genutzt würden. Im Haushalt laufe die Partizipation unter dem Titel Wissenschaftskommunikation. Allerdings gehe es dem BMBF weniger um eine echte Beteiligung der Zivilgesellschaft, sondern mehr um die Vermittlung in eine Richtung von der Wissenschaft zu den Bürgerinnen und Bürgern. Im Haushalt 2020 müssten sich die Bereiche Partizipation, Kommunikation und soziale Innovation 3 Millionen Euro teilen. Zu begrüßen sei zwar, dass Forschungsinitiativen wie die „Kopernikus-Projekte für die Energiewende“ entwickelt und bürgerwissenschaftliche Vorhaben (Citizen Science) gefördert worden seien. Neben diesen Projekten gebe es jedoch kaum weitere partizipative Ansätze.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisiert, dass es seit der Neubesetzung des Hightech-Forums keine Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft mehr gebe. Vielmehr setze sich das Hightech-Forum nur noch aus Wirtschaft und Wissenschaft zusammen. Dies könne man auch nicht mit angeblich informellen Doppelfunktionen begründen. Vor diesem Hintergrund sei die Aussprache der Bundesregierung zu begrüßen, dass man dieses Gremium in Bezug auf die Zivilgesellschaft erweitern möchte. Das BMBF habe nur wenige Handlungsfelder seines Grundsatzpapiers zur Partizipation aus dem Jahr 2016 umgesetzt. Es wäre zu begrüßen, wenn das BMBF zumindest die eigenen Grundsatzpapiere wiederaufgreifen würde.

Der Antrag enthalte eine Art Roadmap für drei Bereiche und drei Ebenen: Man wolle, dass Bürgerwissenschaften deutlich gestärkt und als selbstverständliche Forschungsmethode etabliert würden. Zugleich fordere man, dass z. B. mehr mit Schulen, Museen, zivilgesellschaftlichen Verbänden und Umweltbildungszentren kooperiert werde. In dem Bereich der Bürgerwissenschaft würden bereits große Datensätze gehoben und zusammengetragen. Diese sollten auch dauerhaft für die Forschung bereitstehen.

Als zweiten Punkt fordere man, den Bereich der transdisziplinären Forschung zu stärken. In diesem Zusammenhang gehe es um die konkreten Forschungsformate von Reallabore und verschiedene Formen von Experimentierräumen. Auch wolle man mehr Offenheit für Partizipationsformate, welche bundesweit ausgebaut werden sollten. Hier könne insbesondere auf die positiven Erfahrungen der Förderung von Reallaboren in Baden-Württemberg zurückgegriffen werden. Darüber hinaus fordere man die Einrichtung eines Forschungsfonds für die Zivilgesellschaft. Die Zivilgesellschaft sollte systematisch beteiligt werden. Den Anspruch der Akteure der „Zivilgesellschaftlichen Plattform Forschungswende“, gleichberechtigt neben acatech zu stehen, halte man für sehr nachvollziehbar.

Als dritten Punkt fordere man die Verbesserung der Partizipation in der Wissenschaft- und Forschungspolitik. Wichtig seien regelmäßige Konsultationen des BMBF mit Partnern und Partnerinnen aus der Zivilgesellschaft zu strategischen und grundsätzlichen Fragen. Auch wolle man die Beteiligung der Zivilgesellschaft in formalen, wissenschaftspolitischen Beratungsgremien und Foren. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betont, dass die Vertretung der Zivilgesellschaft nicht noch an anderer Stelle – neben dem Hightech-Forum – fehlen dürfe. Vor diesem Hintergrund fordere man auch die Einrichtung eines öffentlichen „Wissenschaftsforums Zivilgesellschaft“.

Die **Fraktion der CDU/CSU** äußert sich zustimmend, dass die Bedeutung partizipativer Maßnahmen in dem Bereich der Bildung und Forschung kontinuierlich wachse und diese Partizipation auch Potential mit sich bringe. Den Ausführungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei zu entgegen, dass das BMBF dieser Entwicklung bereits mit der Erarbeitung des Grundsatzpapiers zur Partizipation Rechnung trage. Dem Großteil der Forderungen aus dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN könnten bereits laufende Aktivitäten des BMBF entgegengehalten werden.

Eine Stärkung der Partizipation sei auch in der Hightech-Strategie 2025 verankert. Man sei sich jedoch darüber einig, dass diese Strategie weiterentwickelt werden sollte. Zutreffend sei es, dass man hierfür innovative Formen in der Zusammenarbeit brauche, um Denkräume zu schaffen und neue Akteure einzubeziehen. Zugleich sollte die Gesellschaft beim Dialog zur Zukunft von Forschung und Innovation beteiligt werden. Hierzu würden z. B. Reallabore gehören. Auch der Fortschrittsbericht zur Hightech-Strategie zeige Maßnahmen auf, welche die Bundesregierung in diesem Bereich bereits zur Stärkung der Partizipation umgesetzt habe. So würden sich z. B. in den Förderlinien der Fachprogramme zunehmend auch Projekte der Bürgerwissenschaften finden.

Zudem seien über die themenoffene Förderung bürgerwissenschaftlicher Vorhaben insgesamt 13 Pilotprojekte mit 5 Millionen Euro gefördert worden. Im Herbst 2019 habe das BMBF eine zweite Ausschreibung mit mehr Fördermitteln für bürgerwissenschaftliche Vorhaben veröffentlicht. Auch die Vernetzungsplattform „Bürger schaffen Wissen“ werde fortgesetzt. Dadurch stärke man den von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angesprochenen Transfer zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Die in dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagene Austauschplattform „Wissenschaftsforum Zivilgesellschaft“ sei daher obsolet.

Auch in dem Bereich des partizipativen Agendasettings gebe es konkrete Beispiele wie der bis zum Jahr 2018 durchgeführte „Agenda-Prozess Sozial-ökologischen Forschung“ zur Festlegung von Themen für die zukünftige Förderung der gesellschaftsbezogenen Nachhaltigkeitsforschung. Auf der Basis der Ergebnisse dieses Prozesses solle über konkrete Fördermaßnahmen in den nächsten fünf Jahren seitens des BMBF entschieden werden. Zu der Einbindung der Zivilgesellschaft und dem Hightech-Forum greift die CDU/CSU-Fraktion die Aussage der Bundesregierung auf, wonach nochmal überprüft werden solle, inwiefern zivilgesellschaftliche Akteure in dem Hightech-Forum eingebunden werden könnten.

Als weiteres positives Beispiel sei die Umsetzung des Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) der UNESCO zu nennen. Hier seien Gremien mit zivilgesellschaftlicher Beteiligung eingerichtet worden. Diese seien auch in dem geplanten Nachfolgeprogramm, welches ab dem Jahr 2020 starten solle, vorgesehen. Zudem würden regelmäßig EU-Bürgerdialoge der Bundesregierung stattfinden. Dabei würden Themen wie die Zukunft Europas oder künstliche Intelligenz anlässlich der Zukunftskonferenz 2019 aufgegriffen. Auch im Koalitionsvertrag habe man sich bereits darauf verständigt, den Dialog von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zu intensivieren und neue Beteiligungsformen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft zu erproben. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei zwar gut gemeint, gehe jedoch letztlich ins Leere.

Die **Fraktion der AfD** merkt eingangs an, dass einiges in dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Partizipation in Wissenschaft und Forschung durchaus begrüßenswert sei. Allerdings wolle man das auf die ideologischen Aspekte des Antrags richten. Der Ausdruck „Partizipation“ werde als eine harmlose „Deckvokabel“ benutzt. Dies betreffe den Aspekt, dass der vermehrte Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteure und bestimmter Pressure-Groups auf die Wissenschaft gefordert werde.

Die Fraktion der AfD weist darauf hin, dass der griechische Philosoph Platon als Urvater der wissenschaftlichen Forschung und des freien Denkens auf der außerhalb der Stadtmauer gegründeten Akademie die Inschrift: „Geometrie, Unkundige sollen davon fernbleiben!“ angebracht haben solle. Unabhängig von den tatsächlichen Gegebenheiten würde damit zum Ausdruck gebracht, dass Forschung und Wissenschaft einer Eigenlogik folgten und von der Gesellschaft bis zu einem gewissen Punkt abgegrenzt werden müssten, um die volle Kraft und Stärke entfalten zu können. Interessen der Politik und gesellschaftlicher Gruppen dürften nicht berücksichtigt werden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordere in ihrem Antrag hingegen das Gegenteil, da sie die Wissenschaft und Forschung vor allem gegenüber ihren eigenen politischen Einflüssen und Interessengruppen öffnen wolle. Die AfD-Fraktion erklärt, dass dies der sicherste Weg sei, die wissenschaftliche Logik zu stören oder sogar zu zerstören. Man müsse sich daher entweder für die Wissenschaftsfreiheit oder die in diesem Sinne beschriebene

zivilgesellschaftliche Beteiligung entscheiden. Denn die Zivilgesellschaft sei von massiven Meinungsmanipulationen, welche vor allem medial vermittelt würden, durchsetzt und diesen unterworfen. So würde bereits in Medien, Schulen und Universitäten eine klimapolitische Korrektheit walten, die auf die „Links-Grüne Hegemonie“ zurückzuführen sei und es unabhängigen Wissenschaftlern schwer mache, Forschung zu betreiben. In diesem Zusammenhang sei auf die auf die Vorfälle gegenüber den Professoren Jörg Baberowski und Herfried Münkler in Berlin und dem Professor Bernd Lucke in Hamburg, die von „links-grünen“ Gruppen gestört worden seien, zu verweisen. Zudem verweist die AfD-Fraktion auf verbale Angriffe durch doktrinäre Genderideologen gegenüber seriösen naturwissenschaftlichen Geschlechterforschern.

Vor diesem Hintergrund kritisiert die AfD-Fraktion, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dieser bereits restriktiven Lage den Einfluss z. B. von ideologischen Pressure-Groups staatlicherseits ausweiten möchte. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würde mit der Verwendung von Begriffen wie z. B. Wissenschaftsfreiheit, Transparenz, Nachhaltigkeit und Unabhängigkeit über den Versuch der Beeinflussung der Wissenschaftsfreiheit entsprechend ihrer eigenen Vorstellungen hinwegtäuschen. Bereits der Antrag deute auf die politische Richtung hin, welche die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verfolge. Die Anmerkung auf der ersten Seite des Antrages, die Wissenschaftspolitik sei zum Austragungsort politischer Konflikte geworden, bekräftige die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit ihrem Antrag.

Die AfD-Fraktion kritisiert, dass der March for Science als positives Beispiel aufgeführt werde. Denn im Rahmen dieser Großdemonstrationen hätten „politische Agenden“ versucht, den objektiven Ruf der Wissenschaft für die eigene politische Agenda zu gebrauchen. Gefordert worden sei eine „Evidence-based policy“. Dies sei jedoch nicht haltbar, da komplexe Wissenschaftstheorien und Modelle nicht den Charakter von Evidenzen hätten, sondern nur bis zu ihrer Falsifizierung gelten würden. Die Schaffung von politisch verbindlichen Dogmen würde dazu führen, dass man nicht mehr wissenschaftlich und demokratisch, sondern ideologisch und latent totalitär denke. So gebe es bereits Stimmen, die die Leugnung des menschengemachten Klimawandels unter Strafe stellen wollten. Abschließend sei anzumerken, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit einzelnen positiv zu wertenden Aussagen des Antrages über die oben genannten Ausführungen hinwegtäusche.

Die **Fraktion der SPD** merkt eingangs an, dass der vorliegende Antrag am 1. Februar 2019 im Plenum diskutiert worden sei. Dabei sei dieser von den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und der SPD positiv aufgenommen worden. Positiv hervorzuheben sei auch die ausdrückliche Bezugnahme der BM'n Karliczek auf die Themen Partizipation und Bürgerwissenschaften. Dies verdeutliche auch die bisher dilatorische Behandlung der Thematik.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei insbesondere hinsichtlich der Herleitung und der Orientierung auf die Partizipation in der Wissenschaftspolitik und in der Forschung fundiert aufbereitet. Folgerichtig sei insbesondere die Aussage in dem Kapitel „Vielfalt der Wissenschaft“, dass es auch Bereiche gebe, in denen partizipative Elemente nicht sinnvoll seien.

Grundsätzlich sei ein Konsens erforderlich, dass sich die Wissenschaftspolitik und auch die Wissenschaft in der Wissenschaft selbst legitimieren würden. Dieser Aspekt stehe im Zentrum der Legitimation von Wissenschaft. Zudem bestehe eine Legitimation in der Wissenschaftspolitik über gewählte Parlamentarier. Darüber hinaus erfolge eine Legitimation durch Interesse. Dies sei sehr stark organisiert in der Wirtschaft, die sich einbringe, aber auch in dem Bereich der Zivilgesellschaft. Anders als die Wirtschaft, sei die Organisation der Zivilgesellschaft jedoch schwieriger zu erfassen, da diese sehr unterschiedlich organisiert sei, u. a. in Verbänden oder örtlichen Bürgerinitiativen. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, diese vier Legitimationen zu berücksichtigen. Es sei zu begrüßen, dass ein Kulturwandel gestaltet worden sei, bei dem Wissenschaft und Forschung noch mehr als ein Feld angesehen würden, in dem sich Menschen orientieren, teilhaben, gebraucht und auch von Seiten der Politik und Wissenschaft ernst genommen würden.

In ihrem Antrag nehme die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch Bezug auf die Partizipation in der Wissenschaft und Forschungspolitik. In diesen Bereichen gebe es zwei Denkschulen. Die eine Denkschule sei, dass wie bei den „Kopernikus-Projekten für die Energiewende“ und z. B. bei der Forschung für Nachhaltige Entwicklung (FONA) aus dem politisch zu kritisierenden oder zu unterstützenden Bereich Kooperationen aufgebaut würden, um langfristig die Zivilgesellschaft beteiligen zu können. Diese Denkschule werde positiv in dem Antrag erwähnt.

Den anderen Ansatz, welcher ein eigenes „Wissenschaftsforum Zivilgesellschaft“ mit staatlich finanzierten Geschäftsstelle fordere, sehe man aus sozialdemokratischer Sicht durchaus problematisch. Denn hier sei fraglich, was ein staatlich finanziertes „Wissenschaftsforum Zivilgesellschaft“ tatsächlich eigenständig an Unabhängigkeit und Kritik miteinbringen solle. Aus diesem Grund befürworte die SPD-Fraktion es eher, zu prüfen, welche zivilgesellschaftliche Organisationen zusätzlich und themenbezogen in die grundständige Wissenschaftspolitik beratend partizipativ einbezogen werden könnten. Hier sei die SPD-Fraktion für mehr Einbindung offen. Eine eigene Staatsfinanzierung für die Kritik sei hingegen doppelt problematisch.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeige in ihrem Antrag die verschiedenen Partizipationsmöglichkeiten in der Forschung auf. Sie kritisiere jedoch, dass die Bundesregierung ein „Sammelsurium“ an Einzelmaßnahmen fördere. Dem entgegnet die SPD-Fraktion, dass sich die Vielfalt der Zivilgesellschaft auch in der Partizipation an Wissenschaft widerspiegle. Daher werde es immer eine gewisse Vielfalt und daher ein gewisses Sammelsurium geben. Die Fraktion stellt klar, dass man im Falle von zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel begrüßen würde, wenn weitere Projekte wie die Kopernikus-Projekte gefördert würden, die zusätzliche Themen wie z. B. soziale Innovation betreffen könnten. Mithin teile man die Grundidee des Antrags sowie die Hinweise auf das Wissenschaftsleben und z. B. die Reallabore in Baden-Württemberg. Auch die Koalitionsfraktionen würden zukünftig in dem großen Feld der Wissenschaftskommunikation versuchen, das gesamte Spektrum zu adressieren, wobei auch die Bürgerwissenschaft eine Rolle spielen werde.

Zu der Bürgerwissenschaft als Forschungsmethode entgegnet die SPD-Fraktion gegenüber der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass hier fraglich sei, ob Bürgerwissenschaft eine eigenständige Forschungsmethode sei oder nicht vielmehr ein Anspruch in wissenschaftlichen Methoden, Gesichtspunkte der Bürgerinnen und Bürger miteinzubringen. In der Wissenschaft gebe es zwar Handlungsforschung, die mit Beispielen aus der Praxis Erkenntnisse liefern könne. Ob die Bürgerwissenschaft eine Forschungsmethode darstelle, sei jedoch zu hinterfragen.

Die SPD-Fraktion greift die Aussage von Prof. Stratmann auf, wonach Wissenschaft ihren Wert über die wissenschaftliche Fundierung erlange. Dies sei ein wichtiger Anspruch, welchen man auch an die Bürgerwissenschaft stellen sollte. Vor diesem Hintergrund sei der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anregend, aber nicht so gut, sodass man ihm zustimmen könne. Teile des Antrages werde man bei einer anderen Gelegenheit mitaufnehmen.

Die **Fraktion der FDP** begrüßt zunächst die Anmerkungen in dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass Wissenschaft und Forschung in der Gesellschaft stärker verankert werden müssten und dass die Involvierung der Bürgerinnen und Bürger wichtig sei sowie Vorteile für den Transfer von Erkenntnissen mit sich bringe. Dies sei positiv für den Transfer in die Zivilgesellschaft, aber auch für den Abbau von Skepsis hinsichtlich der Technologieentwicklung.

Allerdings hätte der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an zwei Stellen einer intensiveren Ausgestaltung bedurft: Die Teilnahme und Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an der Wissenschaft setze zum einen Vertrauen voraus. Dass mehr als ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger ihr Misstrauen ausdrücke, sei nicht wenig. Es sei wichtig, negativen Entwicklungen entgegenzuwirken. Dies habe auch sehr mit der Frage der Legitimation der Wissenschaft zu tun. In diesem Zusammenhang verweist die FDP-Fraktion auf die Äußerungen des ehemaligen Neurowissenschaftlers am Berliner Institut für Gesundheitsforschung (BIH) und nunmehr Gründungsdirektor des QUEST Center am BIH, Prof. Ulrich Dirnagl. Für diesen sei der Vertrauensverlust in die Wissenschaft ein sehr wichtiges Thema. Er nehme auf Skandale Bezug und spreche von der Teilschuld der großen Wissenschaftsjournale, die nüchterne Forschungsergebnisse oft „reißerisch“ begutachten würden. Zudem fordere dieser eine selbstkritische und offene Haltung für den kritischen Diskurs. Vor diesem Hintergrund sei fraglich, ob der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN tatsächlich bei solchen Verbesserungsvorschlägen weiterhelfe. Denn der Antrag adressiere zum einen eher organisierte Interessengruppen. Zum zweiten setze der Antrag eher auf tradierte Beteiligungsverfahren, die häufig auch ritualisiert seien.

Durch die Skandale des Klinikums Heidelberg, Veröffentlichungen in dubiosen „Raubverlagen“ und die Mobbingthemen bei der Max-Planck-Gesellschaft werde deutlich, dass die Wissenschaft bei den Themen Code of Conduct, gute Führung, saubere Compliance-Prozesse, Ombudssysteme – also in der internen Kulturarbeit noch viel zu arbeiten habe. Dies sei ein Themenkomplex, welcher in dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN näher hätte ausgestaltet werden sollen.

Der Antrag vermittele den Eindruck, dass nur die verschiedenen Nicht-Regierungsorganisationen (NGO's) einen breiten Zugang zur Wissenschafts- und Forschungspolitik haben sollten. Die organisierte Zivilgesellschaft werde immer wieder in dem Antrag adressiert. Dennoch gebe es auch engagierte und partizipieren wollende Akteure, die nicht organisiert seien. Hier sei der Bereich zu nennen, in welchem dem Antrag eine gewisse Modernität fehle. So nutze die junge Generation völlig andere Formen der Beteiligung. Es gehe weniger um Wissenschaftsforen, Agendasetting und Konsultationsgespräche. Vielmehr nutze die junge Generation YouTube, Blogs und Podcasts. Die FDP-Fraktion nennt als Beispiel die promovierte Chemikerin Mai Thi Nguyen-Kim, die auf ihrem Kanal „maiLab“ zum Thema MINT 600 000 Follower habe. Vor diesem Hintergrund sollten Beteiligungsformen entwickelt werden, die nicht nur die Bildungsbürgergesellschaft ansprechen, sondern auch die junge Generation, die mit ganz anderen modernen Formen der Kommunikation und Partizipation operiere. Bislang gebe es keine Empirie zu der Frage, welche Partizipationsformen erfolgreich seien. Die FDP-Fraktion regt an, den Wissenschaftlichen Dienst zu beauftragen, zu untersuchen, was es dazu bislang an Forschungen tatsächlich gebe und was fehle. Dies könnte die Basis für einen qualifizierteren Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sein. Die Materie sei komplexer, als sie im vorliegenden Antrag zum Ausdruck komme. Daher enthalte sich die FDP-Fraktion zu diesem Antrag.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärt, dass sie sich größtenteils den Forderungen des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anschließe und diesem daher zustimmen werde.

Die Problemstellung sei in dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN richtig beschrieben. Die Gesellschaft stehe vor großen Herausforderungen, Umbrüchen und strukturellen Veränderungen. Zu Fragestellungen vom Klimawandel bis hin zur Ressourcenfrage, von der Digitalisierung bis hin zur Vermögensverteilung müsse die Wissenschaft ein Fundament bieten. Die Fraktion DIE LINKE. betont, dass es vor allem darum gehe, alle gesellschaftspolitischen Fragestellungen zu adressieren und nicht den Blick auf solche Fragen zu verengen, an denen es ein unmittelbar wirtschaftlich verwertbares Interesse gebe. Es gebe zunehmend Fragestellungen, die nicht sofort in Profit, Wachstumsfragen oder Marktsegmente zu übersetzen seien. Diese seien jedoch nicht weniger wichtig oder dringlich.

In diesem Zusammenhang merkt die Fraktion DIE LINKE. an, dass das Betreiben von Wissenschaft und Forschung in der Breite und entsprechend der gesellschaftspolitischen Anforderungen vor allem eine ausreichende Mittelausstattung voraussetze. Dies werde zwar im vorliegenden Antrag erwähnt, aber nicht mehr in den Forderungen aufgegriffen. Voraussetzung sei eine weitgehende ökonomische Unabhängigkeit und daher auch eine echte Wissenschaftsfreiheit.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ziele insbesondere auf die Verbesserung von Transparenz in der Wissenschaft, die Partizipation der Zivilgesellschaft und der zivilgesellschaftlicher Akteurinnen in der Wissenschaft ab. Aus drei Gründen sei dies von großer Bedeutung: Zum einen sei dies wichtig, um die Wissenschaft weiter zu öffnen. Es dürfe kein abgeschlossenes auf sich selbst bezogenes System sein. Des Weiteren sei es wichtig, um einer Diskreditierung von Wissenschaft als Ganzes oder von wissenschaftlichen Erkenntnissen entgegenzuwirken. Die Wissenschaft sei derzeit ein besonders gesellschaftlich umkämpftes Feld und erheblicher Diskreditierung sowie Deformierung ausgesetzt. Hiergegen könne Transparenz und Partizipation helfen, da dadurch Identifikation geschaffen und Verständnis erzeugt werde. So seien Transparenz und Partizipation wahrscheinlich die geeignetsten Methoden der Wissenschaftskommunikation.

Schließlich sei es wichtig, die zivilgesellschaftliche Seite auch durch Verstetigung der Prozesse und durch Institutionalisierung zu stärken, um Augenhöhe gegenüber Akteuren, die bereits an Wissenschaft institutionalisiert beteiligt seien, wie z. B. Unternehmen, Stiftungen und Wirtschaftsverbänden, herzustellen. Hier gelte es, auch eine andere Seite in der Gesellschaft zu stärken und dieser Gehör zu verleihen. Es sei daher richtig, mit systematischen und auch stringenten Maßnahmen die Förderung der Partizipation der Zivilgesellschaft anzustrengen. Den von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hierzu vorgeschlagenen Maßnahmen stimme die Fraktion DIE LINKE. daher zu.

Gegenüber dem der CDU/CSU-Fraktion merkt die Fraktion DIE LINKE an, dass Erstere letztendlich wieder eine Aufzählung von Einzelmaßnahmen vorgenommen habe, die auch in der Summe ein systematisches und institutionalisiertes Herangehen nicht ersetzen könnten. Im Übrigen gebe es nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. zu wenige Maßnahmen.

Der Hinweis der FDP-Fraktion zur Verstärkung moderner Kommunikationsformen wie YouTube sei zwar zu begrüßen, allerdings falle dieser eher in den Bereich der Wissenschaftskommunikation. Es betreffe weniger die Frage eines institutionalisierten Prozesses, bei dem zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure auch das Wort ergreifen könnten. Dieser Vorschlag könne daher keine Ersetzung, sondern höchstens eine Ergänzung sein.

Die **Bundesregierung** verneint zu Beginn die Frage, ob es sich um eine eindimensionale Kommunikation zwischen Wissenschaft und Bürgern handle. Sie führt aus, dass sowohl im Bereich Citizen Science wie auch bei den sozialen Innovationen der Austausch auf Augenhöhe im Mittelpunkt stehe. Zugleich stehe in der Förderrichtlinie im Bereich Citizen Science die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft im Mittelpunkt.

Die Bundesregierung vertrete den Standpunkt, dass die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern die Innovation fördere. Partizipation biete einen Leitfaden für Beteiligung unter hohen Wissenschaftsstandards. Es sei festzustellen, dass bei vielen Projekten im Bereich Citizen Science hohe Qualitätsstandards erreicht worden seien. Um diesen Aspekt künftig weiter zu stärken, plane man eine Evaluation der neuen Förderrichtlinie im Bereich Citizen Science.

Zu den Ausführungen der Fraktion DIE LINKE., es würde sich nur um Einzelmaßnahmen handeln, welche in einem nicht ausreichenden systemischen Zusammenhang stünden, greift die Bundesregierung die sozialökologische Forschung als Beispiel auf. Hier habe man einen systemischen Ansatz gewählt. Bei der Themenwahl, dem Agendasetting und dem Agendaprozess der sozialökologische Forschung würden Bürgerinnen und Bürger sehr frühzeitig miteinbezogen. Insofern habe die Zivilgesellschaft bei der Festlegung von Themen für die künftige gesellschaftsbezogene Nachhaltigkeitsforschung unmittelbar mitgewirkt.

Im Rahmen des UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) gebe es eine sehr breite Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Die Kritik, es gebe eine Vermittlung von der Wissenschaft herunter auf die Bürgerinnen und Bürger, weise man daher zurück. Denn das Gegenteil sei der Fall. Neben dem Bund, den Ländern, Kommunen, der Wissenschaft und Wirtschaft habe man in den verschiedenen Gremien verschiedenste Vertreter der Zivilgesellschaft miteinbezogen. Diese hätten auch zu einer deutlichen Belebung der Vorhaben insgesamt geführt. Innerhalb der Plattform FONA habe man Reallabore und Experimentierräume auf den Weg gebracht. Bereits genannt worden seien die „Kopernikus-Projekte“.

Ferner erfolge aktuell im Rahmen der nationalen Dekade gegen Krebs eine große Beteiligung, die für jedermann offenstehe. Bei der Onlinebefragung könnten sich nicht nur Ärztinnen und Ärzte, Medizinerinnen und Mediziner, Pflegerinnen und Pfleger, sondern auch Patientinnen und Pateinten sowie deren Familien zum Thema Krebsforschung einbringen.

Einen breiten partizipativen Prozess ermöglichten zudem die Wissenschaftsjahre, welche jedes Jahr ein neues Thema in den Mittelpunkt stellten. Diese hätten sich als hervorragende Zukunftsdialoge herausgestellt.

Im Rahmen der Hightech-Strategie plane man für das Jahr 2020 einen breiten Beteiligungsprozess für die Weiterentwicklung der Hightech-Strategie unter Einbezug der Zivilgesellschaft. Mit verschiedenen Konferenzen werde man die Zivilgesellschaften nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Regionen einbeziehen. Darüber hinaus seien in dem Bereich der Bürgerwissenschaften Ausschreibungen mit rund 5 Millionen Euro dotiert. Ab dem Herbst 2019 werde es eine Ausschreibung über 9 Millionen Euro geben.

Des Weiteren widme man sich der Frage, wie die Wechselwirkung zwischen gesellschaftlichen Trends und technologischen Entwicklungen zu betrachten sei. Hierzu habe man von Seitens des BMBF eine Studie der Innovations- und Technikanalyse (ITA) veranlasst, die das Thema Partizipation in den Mittelpunkt stelle.

Mit großer nationaler Ausstrahlung werde das Museum für Naturkunde in Berlin mit sehr hohen Millionenbeträgen in den nächsten Jahren ausgebaut. Hier werde es den Schwerpunkt Citizen Science geben. Für diesen Bereich würden viele Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Dem Naturkundemuseum in Berlin gelinge es besonders gut, die Bürgerinnen und Bürger miteinzubeziehen. In dem Jahr 2020 werde man zusammen mit dem Museum für Naturkunde eine Konferenz zum Bereich Citizen Science im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft durchführen, sodass man das Thema erneut versuchen werde, in die europäische Diskussion zu integrieren.

Schließlich verweist die Bundesregierung auf die Plattform „Bürger schaffen Wissen“ mit 110 Projekten im Bereich Citizen Science. Hier sei die Bürgerbeteiligung besonders vielfältig, regional und heterogen.

Die Fragestellung, ob mit Citizen Science in den Bürgerwissenschaften letztlich nur typische Akademikeradressaten erreicht würden, sei berechtigt. Die Bundesregierung weist jedoch darauf hin, dass die Projekte im Bereich Citizen Science sehr unterschiedlich ausgerichtet seien. So würden z. B. in dem Projekt Landinventur Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit lokalen Experten zusammenarbeiten. Dies könnten Bürgerinnen und Bürger, aber auch Landwirte aus dem ländlichen Raum in Mecklenburg Vorpommern sein.

Auch die Jugendaktion „Foresight for you“ habe sich explizit an Jugendliche aus nichtakademischen Familien gerichtet. Schließlich führe man derzeit ein Forschungsprojekt zu der Vogelart Nachtigall durch. Hier würden Flüchtlinge und Migranten mit ihrem Erfahrungshintergrund miteinbezogen. Auch hier versuche man die Vielfältigkeit in der Bürgergesellschaft in den Bürgerwissenschaften abzubilden.

Berlin, den 11. Dezember 2019

Dr. Stefan Kaufmann
Berichtersteller

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Berichtersteller

Dr. Marc Jongen
Berichtersteller

Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Berichtersteller

Nicole Gohlke
Berichterstellerin

Kai Gehring
Berichtersteller